Nummer 285 Halle, Sonnabend, den 30. September 1922 57. Jahrgang
Einzelpreis 5 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten „Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M.ark 65.00, in den Ausgabestellen abgeholt M.ark 64.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M.ark 6.00, im auswärtigen Verkehr M.ark 8.00. Reklamen die Millimeter-Zeile M.ark 15.00 im Ortsverkehr und M.ark 25.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelzentrale: Sammel-Nummern 1142 und 1143. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahts-Anschrift: „Saalezeitung hallesaale". Bank-Abrechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Die ersten Schüsse.

Türkisches Vorrücken / Ernste Stimmung in London / Sowjettruppen an der rumänischen Front / Venizelos in Paris.

Nationale Konzentration.

Die Revolution hat nach allem, was man bisher darüber hört, nichts mit dem vulgären Begriff der Revolution zu tun, sondern ist schlechthin die nationale Konzentration aller Parteilager. Oberstes Ziel bleibt die Rettung des Vaterlandes, und es ist bezeichnend für die gewaltige nationale Welle, die durch Griechenland braust, daß sich in diesem Ziele der nationalen Union die extremsten Royalisten mit den Mitgliedern der revolutionären Partei zusammenfinden. So ist es auch durchaus verständlich, daß diese Revolution bisher gänzlich unblutig verlaufen ist, und daß als ihr einziges Opfer König Konstantin, der abdankt, zu verzeichnen ist. Merkwürdigerweise hat diese Revolution durchaus nicht, wie man dies vor einigen Tagen noch glauben durfte, eine antimonarchische Spitze, denn in dem Ultimatum der revolutionären Armee an die Regierung wird die Abdankung des Königs zugunsten des Thronfolgers Georg gefordert. Ob freilich das Revolutionskomitee sein Ziel erreichen wird, steht auf einem anderen Blatte. Zwar verlangt es auch die Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen unter einer Regierung, die nicht nur dem griechischen Volke, sondern auch den Ententemächten vertrauenswürdig erscheint, und ruft auch den bei der Entente beliebten Venizelos wieder auf die Schanzen. Allein die Dinge sind denn doch schon zu weit gediehen, als daß viel Aussicht bestände, daß dies alles das Schicksal Thraziens noch beeinflussen oder gar ändern könnte. Selbst der größte griechische Patriotismus wird kaum mehr zur Fortsetzung des Krieges in der Lage sein, wenn nicht überhaupt vorher die Ententemächte sich zu einem Machtwort aufschwingen.

Paris, 30. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Nachricht, nach welcher König Konstantin von seinen Truppen oder von dem revolutionären Komitee gefangen gesetzt worden sei, bestätigt sich nicht. Man meldet aus Athen, daß der Exkönig Konstantin, seine Frau Sophia und die Prinzen Nikolaus und Andreas gestern aufgefordert worden seien, so schnell als möglich Griechenland zu verlassen. Diese Meldung ist jedoch vorläufig nicht bestätigt. Das Revolutionskomitee hat an Venizelos ein Telegramm gerichtet, in welchem es den früheren Ministerpräsidenten aufforderte, die griechischen Interessen vor den Alliierten verteidigen zu wollen, und in welchem es ihm gleichzeitig sein volles Vertrauen aussprich. Fünf Minister des früheren Kabinettes wurden verhaftet, da sie allem Anscheine nach als verantwortlich an der kleinasiatischen Niederlage vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen.

Reinecke — Venizelos.

Paris, 29. September. (Eig. Drahtmeldung.) Venizelos ist heute vormittag in Paris eingetroffen. Er äußerte Pariser Pressevertretern gegenüber, daß er erst wieder nach Griechenland zurückkehren werde, wenn die Revolution zu Ende sei, damit man ihn nicht damit in Zusammenhang bringen könne.

Abdankung des Sultans.

Konstantinopel, 30. September. Die Abdankung des Sultans wird bestätigt. Der Großwesir ist sofort mit dem Vertreter Kemal Paschas in Verbindung getreten. Kemal hat das Ministerium gebeten, die Abdankung im gegenwärtigen Augenblick nicht anzunehmen, die Ereignisse aber auf eine solche Möglichkeit hin genau zu verfolgen.

•

Man meldet aus Smyrna, daß der französische Unterhändler Franklin Bouillon an Bord eines Kreuzers dort eingetroffen ist. Er ist von einem Adjutanten von Mustapha Kemal empfangen worden, ebenso wie von allen Mitgliedern des Ministerrates von Angora, die sich in Smyrna befanden.

Englands Haltung.

London, 29. September. (Eig. Drahtmeldung.) Heute fand ein neuer Ministerrat statt. Die Lage wird als sehr ernst angesehen. In Regierungskreisen erklärt man, daß die Regierung sich einer Besetzung Thraziens durch die Türken noch vor der Eröffnung der Friedensverhandlungen in entschiedenster Weise entgegenstellen werde. Die „Times" teilen mit, daß der Beschluß der Pariser Konferenz die einzige Grundlage für die Politik Englands bleiben würde. Das englische Kabinett hat General Harrington beauftragt, unter allen Umständen zu versuchen, mit Mustapha Kemal Pascha in persönlichen Kontakt zu treten und Maßnahmen zu treffen, die einen Konflikt verhindern.

Hochspannung an der Tschanakfront.

Paris, 29. September. Nach einer Meldung des „Intransigeant" stellen die Engländer in Gallipoli auf der europäischen Seite schwere Geschütze in Position. In Paris hält man es für ein Wunder, daß bei dieser Spannung noch kein Unglück geschehen ist, und führt diese Tatsache auf die türkische Mäßigung zurück. Nach den letzten Meldungen, die aus Tschanak vorliegen, haben neue kemalistische Abteilungen Lampsaqo an den Dardanellen besetzt. Die „Daily Mail" schätzt die Zahl der waffenfähigen Soldaten der kemalistischen Armee auf 60 000 bis 100 000 Mann, die in sieben Armeekorps zerfallen. Man glaubt, daß Kemal gegen 60 Flugzeuge besitzt. Seine Kanonen größten Kalibers sind 15-Zentimeter-Geschütze. Er könnte unter Umständen 40 000 bis 60 000 Mann mehr ausheben und ausrüsten allein mit dem Material, das er den Griechen abgenommen hat.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel haben die türkischen Nationalisten jetzt ihre Besetzung der neutralen Zone am Südufer der Dardanellen völlig durchgeführt. Die gesamte Gegend mit Ausnahme von Tschanak sei besetzt. Die türkische Kavallerie sei durch Infanterie verstärkt und warte die weitere Entwicklung ab. Hamid Bey habe gestern der alliierten Oberkommission erklärt, daß die Besetzung durchgeführt worden sei, bevor die alliierte Protestnote den türkischen Beschwerden zugegangen sei. Schuld daran sei die Zerstörung der türkischen Nachrichtenverbindung infolge der von den Griechen angerichteten Verwüstungen. Die Nationalisten in Konstantinopel erklärten, sie rechneten bestimmt auf eine freundschaftliche Regelung.

Beginn der Kämpfe?

London, 30. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Beurteilung der Lage im Osten geht allgemein dahin, daß man nicht weit vom Ausbruch von Feindseligkeiten entfernt ist. Die Lage ist so ernst, wie sie überhaupt nur sein kann. Die Türken scharen sich fortgesetzt um Tschanak. Dies ist ein Zustand, der jetzt als so gefahrdrohend angesehen wird, daß von neuem Instruktionen an die Oberste Heeresleitung abgegangen sind, die Kemal Pascha endgültig auffordern, in einem gewissen Zeitraum die Truppen aus der neutralen Zone zurückzuziehen. Die Lösung der Orientfrage ist also in die Hände der Soldaten übergegangen. Wenn die Türken sich nunmehr weigern sollten, zurückzugehen, wird es zu Feindseligkeiten kommen. In diesem Falle würde es sich auch nur um ein Wiederaufleben des Zustandes am Vorabend des Waffenstillstandes mit der Türkei handeln. Man ist also hier der Ansicht, daß es keiner offiziellen Kriegserklärung bedürfe, da die Anwesenheit Kemal Paschas in der neutralen Zone schon an und für sich als eine Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen zu betrachten sei.

Paris, 30. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Petit Parisien" meldet aus London, dort seien Nachrichten aus Moskau eingetroffen, wonach Sowjettruppen an der rumänischen Grenze konzentriert sind.

Paris, 30. September. (Eig. Drahtmeldung.) Havas meldet aus Konstantinopel, daß fortwährend neue griechische Truppenverstärkungen in Thrazien eintreffen, die jedoch schlecht ausgerüstet sind und keine Disziplin haben. Zwei Züge wurden von den Soldaten, die sich in ihnen befanden, gezwungen, nicht nach der Front weiterzufahren, sondern umzukehren. Die Athener revolutionäre Regierung hat dem General Polymanchos den Oberbefehl in Thrazien übertragen.

Der neue Botschafter für Moskau.

Graf Brockdorff-Rantzau ist zum Botschafter in Moskau ernannt worden. Während des Krieges war er Gesandter in Kopenhagen. Seine sehr klugen Berichte schilderten die Lage stets zutreffend, fanden aber deshalb nicht immer den Beifall der Obersten Heeresleitung. Als Staatssekretär des Auswärtigen hielt er in Versailles die tapfere Verteidigungsrede gegen die Anschuldigungen der Sieger. Er legte sein Amt nieder, weil er den Vertrag nicht unterzeichnen wollte.

Erhöhung der Zuckerquote.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat in seiner Sitzung am 28. September das Gutachten des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung über den Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1922/23 mit der Aenderung bestätigt, daß die Kopfquote von einem Kilo Verbrauchszucker zunächst auf 1¼ Kilogramm erhöht werden soll.

Die neue Ehe Wilhelms II.

Haag, 27. September. Das Niederländische Korrespondenzbureau teilt mit, daß der holländische Generalsekretär im allgemeinen Dienst, Kan, sich nach Doorn begeben hat zur Abhaltung einer Besprechung mit dem ehemaligen Kaiser. Kan hat bisher alle notwendigen Verhandlungen mit dem ehemaligen Kaiser oder dem Hofmarschallamt geführt. Seine jetzige Reise hängt natürlich mit der bevorstehenden Verehelichung des Kaisers zusammen. Prinz August Wilhelm hat die notwendigen Papiere nach Doorn gebracht. Die Ehe wird nach dem bürgerlichen Recht Hollands geschlossen.

Die Wahlen zum Reichstag in dem deutsch gebliebenen Teile von Oberschlesien werden am 19. November stattfinden. An demselben Sonntage werden auch die Wahlen zum Preußischen Landtag und die Provinziallandtagswahlen stattfinden.

Auf Vorstellungen des Reichstagsabgeordneten Delius, der sich auf die Vorschläge des Landrats Zimmermann, Weißenfels, stützte, sind jetzt von der Reichsgetreidestelle 6000 Zentner Kleie für die bedürftigen, vom Hagelschaden betroffenen Grundbesitzer des Kreises Weißenfels, laut Schreiben des Reichsernährungsministers, bewilligt worden.

Die große Not.

Mangel an Ware. — Steigerung der Arbeitsleistung.

Wenn die deutschen Parlamente jetzt ihre Herbstarbeit wieder aufnehmen, so findet in ihnen die grausige Wirtschaftsnot, in die wir hineingeraten sind, ihren Widerhall. Der preußische Landtag hat bereits gestern mit der Notstandsdebatte begonnen. Aber es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glaubt, daß der Dollar mit Reden gesenkt und die Wirtschaftsnot durch Resolutionen behoben werden könnte. Wohlmeinende Reden nützen nichts, wenn sie von mangelnder politischer und wirtschaftspolitischer Einsicht getragen sind. Soeben hat der Forstrat Escherich in München über die „Tragödie des Mittelstandes" gesprochen. Diese Tragödie ist seit langem bekannt, und wenn Herr Escherich insbesondere die Notlage der geistigen Arbeiter betont, so spricht er damit eine alte Binsenwahrheit aus. Was aber weiß der große Selbstschutzmann an positiven Vorschlägen für die Behebung der Not anzuführen? Sein einziger Vorschlag ist der, daß man radikal mit der Erfüllungspolitik Schluß machen solle. Die Reichsregierung hat bekanntlich ihre Erfüllungspolitik nach dem Stande unserer Leistungsfähigkeit oder vielmehr ihres Gegenteils modifiziert. Aber man höre doch endlich auf, dem Volke vorzuzählen, daß alles wunderschön wäre, hätte die Regierung von vornherein jede Erfüllungszusage verweigert. Wer das behauptet, der ist entweder ein Ignorant oder ein bewußter Demagoge. Wenn seinerzeit die Zustimmung zum Londoner Ultimatum versagt worden wäre, so hätten die Franzosen das Ruhrgebiet besetzt. Sie hatten damals dazu die englische Einwilligung. Das Schicksal der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort beweist, daß die Franzosen auch heute noch im Ruhrrevier säßen. Seit anderthalb Jahren wäre das wichtigste Industriegebiet in den Händen der Feinde. Ueber die Kohle verfügten nicht die deutschen Unternehmer, sondern die französischen Kommissare. Deutschlands Wirtschaft läge heute jämmerlich danieder. Der Dollar stände wahrscheinlich auf 10 000, und wegen Kohlenmangels könnte die Industrie nicht einmal unseren niedrigen Kursstand für den Export nutzbar machen. Millionen von Arbeitslosen würden die Städte bevölkern, und bei den dann noch viel höher gestiegenen Lebensmittelpreisen würden Plünderungen und Unruhen nicht abreißen. Jetzt verlangen Charlatane, daß wir nachträglich diese Wirkungen durch eine brüskierende Erklärung an die Adresse der Entente herbeiführen sollen. Welche Folgen das gerade für den Mittelstand und die geistigen Arbeiter haben würde, davon dämmert Herrn Escherich und seinen Freunden offenbar kein Schimmer auf.

Die Verantwortungslosigkeit von rechts wird leider aber durch eine schlimme Einsichtslosigkeit von links unterstützt. Für die Sozialdemokratie ist die ganze Wirtschaftsnot nur ein Konsumentenproblem. Die Kommunisten gehen sogar noch einen Schritt weiter. Sie verlangen die Beschlagnahme aller Lebensmittel und Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung. Daß wir mit einem solchen Raubbau binnen kurzem die ganze Erzeugung zerstört und damit die Arbeiter dem Hungertode ausgeliefert hätten, stört die Urheber solchen wirtschaftlichen Unsinns nicht. In Wahrheit ist die Wurzel des Uebels der Mangel an Ware. Wir haben zu wenig Lebensmittel, zu wenig Kohle, zu wenig Rohstoffe. Der Mangel steigert die Nachfrage. Es gilt also den Mangel zu beheben. Man muß es begrüßen, daß dieser Kern des Problems richtig erkannt wird in der großen Anfrage, die die Demokratische Fraktion des preußischen Landtages jetzt gestellt hat. In ihr wird das Staatsministerium auch gefragt, ob es die nötige Aufklärung darüber verbreiten wird, daß durch eine künstliche Niederhaltung gewisser Preise der Not unseres Volkes nur ganz vorübergehend und nur scheinbar gesteuert werden kann, und daß nur durch eine Steigerung der Arbeitsleistung jedes einzelnen und durch Intensivierung der Wirtschaft der völligen Verelendung unseres Volkes wirksam begegnet werden kann. Im einzelnen gibt dann die demokratische Anfrage wichtige Fingerzeige für praktische Wege.

Das Schlimme bei der Behandlung des ganzen Teuerungsproblems ist, daß die Parteien ihm mit großer Einseitigkeit gegenüberstehen. Der Arbeiter schilt auf den Unternehmer, der Unternehmer auf den Arbeiter. Stadt und Land machen sich wechselseitig Vorwürfe. Bei diesem Kampf Aller gegen Alle kommt gar nichts heraus. Soll es besser werden, so müssen sämtliche Kreise des Volkes sicheiner Umkehr befleißigen. Zunächst ist es vollendeter Wahnsinn, wenn wir im Monat für 27 Milliarden mehr ein- als ausführen. Aeußerste Beschränkung im Lebensgenuß ist daher geboten. Es ist verbrecherisch, wenn Deutsche ihr Geld in fremder Währung anlegen und neue Devisen kaufen. Die Regierung hat hier allerdings insofern eine gewisse Mitschuld, als sie den Devisenhandel nicht rechtzeitig in seine Bedarfsgrenzen verwiesen hat. Es ist Wahnsinn, wenn wir im Juli 500 000 Tonnen und im August 1 500 000 Tonnen englischer Kohle einführen mußten. Indem sich die Bergarbeiter so lange

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220930012/fragment/page=0001

weigerten, das Ueberschichtenabkommen zu erfüllen, schadeten sie sich und ihren Klassengenossen aufs schwerste am eigenen Leibe. Die Kommunisten werden mitschuldig an der Preissteigerung, wenn sie immer wieder die Durchführung des Ueberschichtenabkommens hindern und damit Deutschland zum Bezug englischer Kohle zwingen. Unsere Erzeugung muß auf allen Gebieten gesteigert werden. Insbesondere aber für Kohle und Brot. Darum fordern die preußischen Demokraten auch die Intensivierung der Landwirtschaft, insbesondere durch eine unverzügliche wirklich großzügige Aufschließung der Moor- und Oedländereien, um neues Kulturland zu gewinnen. Neben diesen großen Aufgaben dürfen natürlich die kleinen nicht vergessen werden. Rentner, Kinderreiche, Qualitätsarbeiter und Familienväter bedürfen besonderer Berücksichtigung. Nur wenn wieder ein Gemeinsinn im deutschen Volke erwacht, vermögen wir uns vor dem drohenden Abgrund zu retten.

Teuerung und Mißernte.

Lebensmitteldebatte im Preußischen Landtag.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.) In der allgemeinen Beratung der großen Anfragen und Anträge über die Lebensmittelteuerung, Spekulation in Devisen, Erhöhung der Exportabgabenerhöhung, Einschränkung der Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Einschränkung der Konzessionierung von Schankstätten, heranziehung der valutastarken Ausländer, Notlage der Kleinrentner, begründet Abg. Limbert (Soz.) die Anfragen und Anträge seiner Fraktion und führt aus: Die Lebensmittelverhältnisse sind unerträglich geworden. Wenn eine Reihe von Zechen den Kleinverkauf von Kohle einstellt, so ist das eine skandalöse Rücksichtslosigkeit gegen die Aermsten des Volkes (Zustimmung links.) Die Erhöhung des Brotpreises kann die breite Masse nicht tragen. Man sollte dafür die Umsatzsteuer erheben, die nur von wenig Firmen ehrlich bezahlt wird. Man sollte die Düngemittel sozialisieren (!), dann brauchte die Landwirtschaft nicht über zu hohe Preise zu klagen. Mit dem Wucher und Schwindel in der Zuckerwirtschaft muß endlich aufgeräumt werden. Dem Kleinhandel muß der Auslandszucker verboten werden. Dann hört der Schwindel auf. Abg. Becker-Berlin (Dn.): Die Produktion unserer Industrie hat erst 60 Prozent der Friedenserzeugung erreicht.

Es mangelt an Arbeitsintensität.

(Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der Sozialdemokrat Schippel gibt ja selbst zu, daß das die Folge des Marxismus ist. (Erneute Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Wirtschaftlichkeit läßt außerordentlich nach, wenn die Kommune ihre Hand an die Betriebe legt. (Erneute Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie jetzt den Umlagepreis verdoppelt, so erhält der Landwirt immer erst 20 Mark mehr pro Brot. Wir müssen der Landwirtschaft wenigstens das notwendigste zubilligen. (Hört hört, links.) Abg. Abg. Dr. Kalle (D. V.): Solche Reden fördern die Einheitsfront nicht und stören nur die politische Verständigung. Unsere Politik wird sich sehen lassen können. Ohne Ansehen der Partei werden wir möglichst viele Fachleute in die Aemter bringen. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.) Die Einstellung der Notenpresse hat nur dann einen Wert, wenn Hoffnung auf Eindämmung der Notenflut besteht. In besonders schwieriger Lage befindet sich die chemische Industrie, der man Kontrollkommissionen sogar in die Fabriken geschickt hat. Sollte es zu einer Beschlagnahme durch die Franzosen kommen, so wird die deutsche Industrie die Werke nicht den Franzosen in die Hände spielen. Dann gehen die leitenden Männer heraus. Wir müssen

das ganze Volk zu einer Gemeinschaft

zusammenschließen. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.) Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) schildert die Unternehmungen von Schulkinden, die Wohnungsnot und die Preissteigerung und führt fort: Der vereinigten Sozialdemokratie rufe ich zu: Glückauf zur Reise in das Land von Stinnes. (Lachen und ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Abg. Riedel (Dem.): Der Vorredner hat sich nur als Volksversammlungsagitator betätigt. Wir werden nichts tun, was die Produktion hemmt. Landwirtschaftsminister Wendorff: Die Zusammenhänge zwischen Erfüllungspolitik und Ernährungsnöten kann ich nicht anerkennen. Der Grund der Not liegt in den Folgen des Krieges und im Friedensvertrag. Wir müssen Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen den Verbrauchern zuführen und für die Zukunft eine Steigerung der Produktion sichern. Die Getreideumlage werden wir in vollem Umfange durchführen. Bedauerlicherweise hat die preußische Landwirtschaftskammer die Vorarbeiten abgelehnt. Das preußische Statistische Amt errechnet einen bedeutenden

Minderertrag der Getreideernte.

Der Getreideertrag ist um 17 Prozent geringer als im Vorjahre. Die Aufbringung der Umlage fällt der Landwirtschaft sehr schwer, zumal die Preise für das erste Umlagedrittel durchaus unzureichend sind. Selbst bei Erhöhung um das Drei- bis Vierfache bleibt der Umlagepreis noch weit hinter de mtreien Marktpreise zurück. Die zur Verfügung gestellten Milliarden sind keineswegs ein Geschenk an die Landwirtschaft, sondern eine Ausgabe in erster Linie zugunsten der Verbraucher. Die Reichsregierung ist am Werke, auch anderen Bevölkerungsschichten solche Kredite zur Verfügung zu stellen. So haben die Konsumvereine 430 Millionen Mark erhalten. Auch die Kommunalverbände haben Reichskredite erhalten, um der Bevölkerung die nötigen Nahrungsmittel zuzuführen. Die Zustände in der Zuckerwirtschaft dürften sich nicht wiederholen. Die Verbraucher sollen in einem Beirat vertreten sein. Das Verbot der Litörherstellung besteht bereits. Ein Vertreter des Handelsministeriums macht nähere Mitteilungen über die Ausführung des Devisenhandelsgesetzes. Beim Notenbandel sollen unzuverlässige Elemente von der Börse ferngehalten werden. Eine Liste der zuverlässigen Devisenhändler soll aufgelegt werden.

Der Kanzler gegen die Schuldlüge

Berlin, 30. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichskanzler Dr. Wirth erklärte Vertretern ausländischer Zeitungen über die Schuldfrage folgendes: In der letzten Zeit haben in Deutschland zahlreiche Kundgebungen zur Frage der Schuld am Weltkriege stattgefunden. Eine große Bewegung geht durch alle Teile des Volkes, und immer wieder wird dagegen protestiert, daß Deutschland die Rolle des Verbrechers von 1914 spielen soll. Die deutsche Regierung kann sich dieser Bewegung gegenüber nicht gleichgültig verhalten und hat dies auch nie getan, wenn sie auch aus politischen Gründen nicht immer so vorgehen durfte, wie dies temperamentvolle Kämpfer in der Schuldfrage forderten. Die Frage hat uns aber ununterbrochen beschäftigt und wir sind mit allen Kräften bemüht, soweit es nur irgend in unserer Macht steht, zu ihrer Klärung beizutragen. Sie wissen selbst, daß sich in vielen Ländern die Stimmen mehren, die das ganze Problem, wie es zu der furchtbaren Katastrophe des Weltkrieges kommen konnte, für noch lange nicht gelöst erklären. Es handelt sich um eine Angelegenheit von allgemeiner Bedeutung für die gesamte Menschheit. Nur wenn die Wurzeln der Katastrophe von 1914 restlos aufgedeckt werden, läßt sich ihre Wiederholung für alle Zeiten verhindern. Die Vorgänge, die zum Weltkriege führten, können nur durch rückhaltlose Offenheit aller Beteiligten aufgeklärt werden. Deutschland hat diesen Weg gleich nach Beendigung des Krieges betreten. Vor kurzem sind, wie Ihnen wohl bekannt ist, die ersten sechs Bände der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes erschienen, und die Sammlung wird, wenn sie einmal abgeschlossen ist, der Oeffentlichkeit von den

geheimen Schriftstücken der Wilhelmstraße

aus den Jahren 1871 bis 1914 ein vollständiges Bild geben. Während wir so alles zur Verfügung stellen, um unseren Beitrag zu der mühsamen Arbeit einer restlosen Aufdeckung der Wahrheit zu liefern, verfolgen wir natürlich mit gespannter Aufmerksamkeit alle anderen Publikationen, die neue Aufschlüsse über die große Frage, von der wir sprechen, enthalten. Daß durch die eventuelle russisches Material zutage gefördert wird, zeigt nicht nur das von der Sowjetregierung kürzlich veröffentlichte Aktenmaterial sowie das in Paris erschienene „Livre noir", sondern auch eine soeben von dem früheren Gesandten Freiherrn v. Romberg herausgegebene Sammlung diplomatischer Dokumente über die Fälschungen des russischen Orangebuches. Diese Bücher sind für jeden, der sich über die Schuldfrage unterrichten will, eine sehr interessante Lektüre. Lassen Sie mich nur auf einen Punkt in dem letztgenannten Werk hinweisen! Das Buch enthält den vollständigen Telegrammwechsel zwischen der russischen Botschaft in Paris und dem russischen auswärtigen Amt in Petersburg während der sogenannten „schwarzen Woche" Ende Juli 1914. Fast man neben diese Sammlung von Depeschen das offizielle russische „Orangebuch", das zu Kriegsanfang aus dem gleichen Aktenmaterial zusammengestellt wurde, um die Haltung Rußlands bei Kriegsausbruch zu rechtfertigen, so erkennt man sofort, daß im „Orangebuch" vieles weggelassen und entstellt wurde, um vor der Welt einen falschen Eindruck zu erwecken. So enthält z. B. eine Depesche des russischen Geschäftsträgers in Paris vom 24. Juli 1914 in ihrer ursprünglichen Fassung einen Satz, der in der offiziellen Ausgabe weggelassen wurde, sowohl oder besser, weil er auf

die Rolle Deutschlands

ein günstiges Licht wirft. Er lautet: „Deutschland wünscht heiß die Lokalisierung des Konfliktes, da die Einmischung einer anderen Macht auf Grund der bestehenden Verträge unberechenbare Folgen nach sich ziehen müßte". Hier zeigt sich also, daß man auch auf der Gegenseite genau wußte, daß Deutschland die Entfesselung des Weltkrieges nicht wollte, sondern danach strebte, den Streit zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien einzudämmen. Sehr charakteristisch ist ferner, daß die Vermittlungsversuche, die Deutschland während der kritischen Tage in Paris unternahm, in der offiziellen Ausgabe entstellt, die Schritte des deutschen Botschafters vom 28. und 29. Juli sogar unterdrückt wurden, weil aus den Originaldepeschen Iswolskis, des bekannten russischen Botschafters in Paris, hervorgeht, daß diese Schritte an der ablehnenden Haltung der französischen Regierung scheiterten. Auf der anderen Seite können wir jetzt an der Hand der unverfälschten Dokumente klar erkennen, daß Rußland von vornherein jegliche Vermittlung der Mächte ablehnte. Denn am 27. Juli telegraphierte der russische Außenminister Sasonow nach Paris und London: „Wenn es sich darum handelt, irgendeinen mäßigenden Einfluß in Petersburg auszuüben, so weisen wir einen solchen von vornherein zurück, da wir von Anfang an einen Standpunkt eingenommen haben, an dem wir nichts ändern können, weil wir bereits allen annehmbaren Forderungen Oesterreich-Ungarns entgegengekommen." Sogleich läßt sich beobachten, daß von französischer Seite tatsächlich auch nicht der geringste Versuch gemacht wurde,

auf Rußland im Sinne der Nachgiebigkeit einzuwirken.

Iswolski stellt vielmehr an einer Stelle, die im „Orangebuch" gleichfalls ausgemerzt ist, mit Genugtuung fest, daß Paris jeder Gedanke an eine Einwirkung auf Petersburg durchaus fernliege. Ganz im Gegenteil gab man Petersburg immer wieder die Versicherung unbegrenzter Unterstützung. So meldet zum Beispiel Iswolski in einem Telegramm vom 29. Juli, daß der französische Ministerpräsident Viviani sich sofort nach seiner Rückkehr aus Rußland zu ihm in diesem Sinne geäußert habe. Selbst als die Nachricht von der allgemeinen Mobilmachung in Rußland einlief, wurde die bedingungslose Zusage erneuert, denn in diesem Augenblick meldet ein Telegramm des russischen Botschafters: „Die französische Regierung ist bereit, alle Bündnispflichten zu erfüllen." Sie sehen aus diesen wenigen Proben, daß auch das neue Aktenwerk bedeutende Beiträge zur weiteren Klärung der Frage nach der Geschichte des Kriegsausbruches bringt. Widmet sich die Wissenschaft einer solchen Aufgabe, so leistet sie, wie schon gesagt, der ganzen Menschheit einen Dienst, indem sie mithilft an dem Kampf um die Wahrheit über das tragische Schicksal der Völker von 1914.

Erhöhung der Bergarbeiterlöhne.

Berlin, 29. September. Wie schon kurz gemeldet, haben im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des preußischen Innenministers Severing Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne im Oktober stattgefunden. Zu ihnen waren Vertreter der Zechenverwaltungen nicht erschienen, da diese auf dem Standpunkt stehen, daß die außerordentlich großen Erhöhungen des September eine weitere Erhöhung der Bergarbeiterlöhne nicht notwendig machen. Um überhaupt eine Vertretung der Arbeitgeberverbände herbeizuführen, waren die Direktoren der staatlichen Bergwerksverwaltungen bei den Verhandlungen zugegen. Die Verhandlungen hatten folgenden Schiedsspruch zum Ergebnis: Zum Ausgleich der im Monat Oktober zu erwartenden Teuerung wird den Arbeitern des Ruhrbergbaues mit Wirkung vom 1. Oktober ab eine Erhöhung der Schichtlöhne um durchschnittlich 150 Mark je Mann und Schicht gewährt. In dieser Lohnerhöhung ist eine Erhöhung des Hausstandes- und Kindergeldes auf je 20 Mark einbegriffen. Die Verteilung der Lohnerhöhung auf die einzelnen Lohnklassen bleibt der Vechandlung in der Bezirksarbeitsgemeinschaft überlassen. Die Pacteien sollen sich bis zum 6. Oktober 1922 über die Annahme des Schiedsspruches gegenüber dem Reichsarbeitsministerium erklären. Die Arbeitgeberbeitlher haben ihre Zustimmung zu vorstehendem Schiedsspruch nur unter der Voraussejung erteilt, daß die bewilligten Lohnerhöhungen durch eine ausreichende Kohlenpreiserhöhung in den ersten Tagen des Oktober ausgeglichen werden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Zechenverwaltungen zu dem vorläufigen Schiedsspruch stellen werden, wenn er ihnen nunmehr zugeht. Die durch die Lohnerhöhung hervorgerufene Preissteigerung dürfte sich auf ungefähr 1000 Mk. pro Tonne belaufen.

Kaffee wird billiger

bei Verwendung von Weber's

Carlsbader Kaffee-Gewürz.

Es erhöht die Ausgiebigkeit, kräftigt die Farbe, veredelt das Aroma des Getränkes!

Tante E. Weber's Radebeul-Dresden

Buenos Aires als Musikstadt.

(Nachdr. verb.) Buenos Aires, 19. August.

Gestern abend ist die Winterspielzeit der Oper in Buenos Aires mit Richard Wagners „Götterdämmerung" geschlossen worden. Sie ist nach dem einstimmigen Urteile aller reich an glänzenden Erfolgen gewesen. Das ungeheure Haus des Colon-Theaters war stets gut besetzt und oft ausverkauft. Der Beifall war meistens geradezu stürmisch. Die Musikstadt, welche in Buenos Aires sehr gründlich ist und sehr ernste künstlerische Maßstäbe anzulegen pflegt, erklärte, daß die höchsten Anforderungen befriedigt wurden. Die ausübenden Künstler haben die Genugtuung, daß ihre künstlerischen Anstrengungen verstanden und belohnt worden sind.

Dieses Ergebnis ist um so höher einzuschätzen, als ganz Argentinien gegenwärtig eine ungewöhnlich schwere wirtschaftliche Krisis durchlebt. In den Geschäftskreisen herrscht eine niedergeschlagene, zum Teil sogar verzweifelte Stimmung. Man hätte befürchten können, daß das Publikum den musikalischen Darbietungen ferngeblieben wäre, weil es ihm an Geld und vor allem auch an künstlerischer Genußfreudigkeit unter solchen Umständen fehlt. Trotzdem hat der diesjährige Winter eine Opernspielzeit gesehen, welche alle ihre Vorgängerinnen an Erfolg weit hinter sich gelassen hat. Der Grund dafür aber hat in der Vorzüglichkeit der Aufführungen gelegen.

Als Orchesterleiter waren abwechselnd Mascagni und Weingartner tätig. Der italienische Komponist dirigierte persönlich mehrere seiner Schöpfungen. Neben den längst bekannten und stets gern gesehenen Werken, wie Rigoletto, Boheme, Traviata, Tosca, Barbier von Sevilla und anderen, kamen Francesca di Rimini und Giulietta o Romeo von Zandonei sowie Isabeau und Piccolo Marat von Mascagni zur Aufführung. Ferner wurde die Oper Flor di Neve des verdienten argentinischen Komponisten Caito aufgeführt. Vor allem aber waren es die deutschen Opern und die deutschen Künstler, welche zu diesem Erfolge beitrugen. Parsifal, die vier Teile des Ringes der Nibelungen, der Rosenkavalier und die Dorfschule waren zwar, abgesehen von dem zuletzt genannten Einakter, in Buenos Aires schon bekannt. Aber ihre Wiedergabe durch deutsche Künstler wirkte wie eine Neuaufführung, wobei sowohl die Uebersetzung des deutschen Musikdramas überhaupt wie ganz besonders die hervorragende Leistung der Sängerinnen und Sänger Anerkennung fanden. Das wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die Damen Helene Wildbrun, Lotte Lehmann und Alice Mertens sowie die Herren Walter Kirchhoff, Emil Schipper, Karl Braun und Bandler Träger der Aufführungen waren.

Der durchschlagende, überragende Erfolg der deutschen Künstler wäre nicht möglich gewesen, wenn das musikalische Publikum von Buenos Aires nicht auf eine langjährige, sehr ernste Schulung zurückblicken könnte. Mit „Snobismus" kann man es nicht erklären, wenn allabendlich ein übervolles Haus Wagners Musikdramen mit zuvorkommendem Beifall begleitet, und noch weniger, wenn die unbemittelten Kreise ihre Groschen oder, besser gesagt, Pesos darangesen, um sich in den billigeren Nachmittagsvorstellungen den Parsifal in erstklassiger Besetzung anzuhören.

Tatsächlich haben denn auch verschiedene Umstände zusammengewirkt, um in Buenos Aires ein großes, wirklich kunstverständiges und vor allem künstlerisch mehr als ernstes, ein geradezu arbeitsames und strebsames musikalisches Publikum zu schaffen. An erster Stelle dient dabei die angeborene Begabung der fast vollständig von Spaniern und Italienern abstammenden argentinischen Bevölkerung genannt zu werden. Die Neigung zur guten Musik zeigte sich, sobald als das Land überhaupt zu leben begann. Schon im Jahre 1827 wurde in Buenos Aires der Don Juan von Mozart auf der damals neuerbauten Bühne aufgeführt, nachdem bereits 1813 ein ständiges Orchester gebildet und Werke wie die Ouvertüren zur Iphigenie von Gluck, zur Zauberflöte zusammen mit Arien aus dem Barbier von Sevilla, aus dem Don Juan, der Zauberflöte und anderen Werken in Konzerten aufgeführt waren. Denn die Freude an der Musik hat dann während des Jahrzehnte in Argentinien die echt amerikanische Form des Bildungsdranges und Lerneifers angenommen. Anders kann man es nicht bezeichnen, wenn insbesondere die „Association Wagneriana" seit ihrer 1912 erfolgten Gründung der rund 2000 Personen zählenden Schar ihrer Mitglieder weniger Konzertabende als vielmehr akademische Studienkurse über neuere Musik dargeboten hat. So hat dieser Musikverein in einem Winter eine Reihe von musikwissenschaftlichen Vorträgen über die Geschichte der Sonate veranstaltet, welche von einer Wiedergabe sämtlicher Sonaten von Beethoven in chronologischer Reihenfolge begleitet war. Und in der soeben vergangenen Spielzeit konnte neben der großen Oper ein reges Konzertleben sich entfalten, in welchen unter anderen Eduard Risler wiederum sämtliche Sonaten von Beethoven vor reichbesetzten, beifallsfreudigen Sälen zum Vortrag brachte.

An dieser erzieherischen Tätigkeit hat sich nun in Buenos Aires vor allem auch die Musikkritik beteiligt. Die bereits erwähnte „Association Wagneriana" wurde mit einem Vortrage des Musikkritikers der Nachrichtenzeitung „La Prensa", des Herrn Ernesto de la Guardia, eröffnet, der vor kurzem ein gediegenes, auf gründlicher Kenntnis der ganzen Literatur beruhendes Werk über Beethovens Sonaten hat erscheinen lassen. Die „Association Wagneriana" aber, welche die Führung im argentinischen Musikleben besitzt, ist in der Leitung der gegenwärtigen Oper durch ihren Vizepräsidenten C. Graff-Diaz, einen ebenso kunstverständigen Mann wie fähigen Organisator, vertreten, während ihr Präsident, der Komponist López Buchardo, sie künstlerisch beraten hat. Indem diese Musikkenner und Enthusiasten sich mit dem erfahrenen Impresario Walter Mocchi zu einer Opernunternehmung verbanden, war neben dem praktischen Erfolge vor allem der unantastbar künstlerische Charakter der Opernspielzeit gesichert. Und ohne das Ueberwiegen einer wirklich künstlerischen Auffassung der Buenos Aires wegen in der Oper noch überhaupt auf der Bühne auf dauernden Erfolg gerechnet werden. Das haben vor allem auch die europäischen Theatertruppen erlebt, welche in dem diesjährigen Winter glaubten, mit schludrigen und pikanten Vorführungen leichtgeschürzter Lustspiele billige Lorbeeren ernten zu können.

Den deutschen Musikdramen und den deutschen Künstlern kam dabei zu gute, daß das hiesige Publikum nach ihnen hungerte. Schon vor nahezu einem Jahrzehnt war Buenos Aires für die Ueberwindung aller Schwierigkeiten „reif", welche Vorführungen einer nur teilweise bekannten Musik in einer unbekannten Sprache und im Geiste ihrer Nation mit sich bringen. Der Weltkrieg kam dazwischen. Er verhinderte vorläufig die deutsche Oper, aber er verstärkte den Hunger nach ihr. Als sie nun in diesem Jahre, seit langem herbeigesehnt, endlich kam, da fand sie ein nicht nur dankbares, sondern auch verständnisvolles Publikum. Wer die Unterhaltungen argentinischer Besucher während der Zwischenakte mitangehört hat, konnte voller Erstaunen bemerken, wie die meisten sich durch das Lesen ausführlicher Werke vorbereitet hatten, wie sie die Themen und Motive aus diesen Schriften kannten und auf welcher Höhe die Gespräche zum Beispiel über die symphonische Verwendung der menschlichen Stimme standen. An einem Abend hatte ein Gutsbesitzer aus dem fernen Gebiete des Rio Negro, der in zwanzigjähriger Arbeit mehrere tausend Hektar Brachland urbar gemacht und künstlich bewässert hat, einen Arzt von Kolleg um sich versammelt, denn er begeistert die Früchte seiner jahrelangen Lektüre vortrug. Er war besonders nach Buenos Aires gereist, um die deutschen Künstler zu hören und das bestätigt zu sehen, was er in der ländlichen Stille aus den Büchern gelernt hatte. Und er strahlte vor begeisterter Befriedigung.

Am Tage des Schlusses der Opernspielzeit trafen in Buenos Aires die Wiener Philharmoniker ein. Sie haben bereits in Rio de Janeiro und in Montevideo große Erfolge gehabt. Dabei standen die Leonore-Ouvertüre, die der Meistersinger, die Phantastische Ouvertüre von Berlioz, die unvollendete Symphonie von Schubert, Beethovens dritte und fünfte Symphonie und ähnliche Werke auf dem Programm. Auf die Oper wird also eine Zeit der Symphoniekonzerte folgen. Da Buenos Aires ein eigenes Orchester besitzt, das vor einigen Wochen erst die „fünfte" und das spanische Capriccio von Rimsky Korsakow gut und mit Erfolg aufgeführt hat, fehlt es auch in dieser Hinsicht dem Publikum nicht an einem guten und ernsten Musikiad. Außerdem haben Richard Strauß und der unvergessene Arthur Nikisch für die Kenntnis zeitgenössischer europäischer Dirigierkunst vorgearbeitet. Wenn die Philharmoniker also einen ebenso großen Erfolg wie die Opernkünstler haben werden, so wird er durch starke Anstrengungen und vorzügliche Leistungen verdient sein.

Dr. A. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220930012/fragment/page=0002